Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846
1846

93 (10.3.1846)

Visual Library

Wochenblatt (XXII.)

als Fortsetzung der

Landtags-Zeitung.

Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen 4 fl. 48 kr. für Baden.

Man abonnirt bei dem nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 93.] Karlsruhe 1846. [10. März.]

Herausgegeben von Karl Mathy. — Redigirt von Karl Brein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Ueberblick des badischen Verfassungslebens, mit besonderer Rücksicht auf die Richtung und Thätigkeit der Parteien in der zweiten Kammer.

Von **A. v. Soiron.**

(Fortsetzung.)

Der siebente Landtag (1835).

In der Zwischenzeit vom Schluß des vorhergehenden bis zur Eröffnung dieses Landtags geschah nichts, was die durch die politischen Rückschritte seit dem Jahr 1832 besorgten Gemüther hätte beruhigen können. Eben so wenig legte die Regierung den Kammern von 1835 einen Gesetzentwurf vor, der geeignet gewesen wäre, eine solche Beruhigung herbeizuführen. Die Kammer mußte daher entweder die gedrückten politischen Verhältnisse ganz mit Stillschweigen übergehen oder dieselben auf dem Weg von Motionen zur Sprache bringen. Viele Mitglieder der Kammer würden aus Rücksichten für die Regierung wegen ihrer Stellung, andern Regierungen und dem Bunde gegenüber, gerne jede Erörterung politischer Dinge vermieden haben, wie sie durch ihr Benehmen bewiesen, auf welches wir bei jedem einzelnen Anlaß zurückkommen werden. Anders dachten Diejenigen, welche wohl wußten, daß ein noch so energisches Auftreten von ihrer Seite, unter den damals obwaltenden Umständen, in der allernächsten Zeit eine Veränderung nicht hervorrufen würde, welche aber auch der festen Ueberzeugung waren, die Vertreter des Volks dürften trotz aller Hindernisse ihr Haupziel, den politischen Fortschritt nicht aus dem Auge verlieren, sie müßten vielmehr — wenn auch nur durch Worte — auf die öffentliche Meinung und durch diese auf die Gestaltung einer bessern Zukunft wirken. Einer der Deputirten von dieser Farbe, von der jetzt wieder hervortretenden Opposition, der Abg. v Rotteck übernahm es wieder, wie auf dem Landtag von 1833 die staatsrechtlichen Fragen und zwar durch eine Motion anzuregen, welche „die auf verfassungsmäßigem Wege zu bewirkende Ergänzung und Sicherstellung unserer Verfassung" bezweckte.

Die in dieser Motion gestellten Anträge giengen ihrem wesentlichen Inhalte nach dahin:

„Daß die Kammer, eingedenk ihrer Pflichten zur Beobachtung und Aufrechthaltung der Staatsverfassung, durchdrungen von den Bedrohungen des Rechtszustandes in Baden und Deutschland, dabei erkennend, daß zur Sicherstellung der Verfassung vordersamst die nach der Verheißung der Constitutionsurkunde selbst zu geschehende Ergänzung derselben nöthig sei, die Erklärung ins Protokoll niederlegen solle, sie gebe sich vertrauensvoll der Hoffnung und Erwartung hin:

1) Die Regierung werde den Ständen baldigst die Entwürfe jener Gesetze vorlegen, welche theils zur Ergänzung, theils zur Sicherstellung der Verfassung nothwendig und zwar vorzüglich die Gesetzentwürfe über die Verantwortlichkeit der Minister, über ein dem Sinne der Constitution angemessenes, den Preßzwang wenigstens der empörendsten Härten beraubendes Gesetz für Preßfreiheit, eine authentische, mit dem Geiste der Constitution vereinbarliche Interpretation der Art. 66 und 67 der Verfassung, sodann ein die persönliche Freiheit und Ehre sicherndes und gegen die Anwendung veralteter Bestimmungen schirmendes Gesetz.

2) Die Regierung möge zur Erhaltung der Verfassung durch ihren Gesandten am Bundestage Widerspruch einlegen lassen gegen jeden künftigen die Verfassungsurkunde und Selbstständigkeit des badischen Staates oder der anderen Bundesstaaten gefährde den Vorschlag; sie möge endlich die frühern, im Drange der Zeit und der Umstände gemachten, mit der Verfassung unverträglichen Concessionen, als ihrer Natur nach nur auf augenblickliche Befürchtungen begründet, zurücknehmen, d. h. als erloschen und für die Zukunft wirkungslos erklären.

(Fortsetzung folgt.)

Rundschau.

Vom 6. März.

Günstige Wahlberichte. Abendzeitung: Haßmersheim, Durlach, Rohrbach (bei Heidelberg), Mosbach, Wallstadt und Feudenheim. — Oberrheinische Zeitung: Seppenhofen, Geisingen. — Freiburger Zeitung: Freiburg. — Süddeutsche: Unter- und Oberharmersbach (Amt Gengenbach), Amtsorte von Lahr und Offenburg. Endingen und Riegel. —

— Die Mannheimer Blätter enthalten heute nachstehende Erklärung: Die unterzeichneten evangelischen Geistlichen erklären auf den Wunsch des Kirchengemeinderaths, daß die in diesen Tagen hier verbreiteten Flugblätter, und namentlich das „an die evangelischen Geistlichen, Aeltesten und Gemeinden," von keinem unter ihnen verfaßt oder ausgegangen sind.

Mannheim, den 4. März 1846.

Winterwerber. Ahles. Pfeiffer. Schwarz. Weyer.

Wir hatten im Voraus die Ueberzeugung, daß keiner der ehrenwerthen evangelischen Geistlichen in Mannheim die von dem Comite der Volksfeinde zum Druck beförderte und verbreitete Schmähschrift verfaßt haben könne.

— Das Mannheimer Journal beurtheilt heute den Artikel der Karlsruher Zeitung, welcher sich über die Parteien ausspricht und mit den Worten anfängt: „Es liegt im Wesen des constitutionellen Staates ꝛc." Das Journal hat sich, wie uns scheint, zu viel mit dem unwesentlichen Theile des Aufsatzes beschäftigt, mit den vieldeutigen Floskeln über den „Factionsgeist," „Verdächtigung und Lüge," „bekannte Organe einer gewissen Partei" u. s. w. Diese Um- und Anhängsel hat das Journal gut bedient, aber dabei das Wesentliche übersehen. Der Aufsatz ähnelt nämlich der Bulle: **Dominus ac Redemptor noster**, womit Papst Clemens XIV. die Jesuiten aufhob, die ihn dafür vergiftet haben.

— Das Morgenblatt ist uns heute schon wieder nicht zugekommen. Es zeigt sich eine merkwürdige Unregelmäßigkeit in der Zusendung unseres Exemplars. Da es uns unentbehrlich ist für die Rundschau, so haben wir danach geschickt, und werden es am Schlusse berücksichtigen.

— Die oberrheinische Zeitung macht auf eine gute, bei Ebner und Seubert in Stuttgart erschienene Schrift aufmerksam: „Der Jesuitenorden und seine Unverträglichkeit mit den deutschen Verhältnissen." Es wird darin gründlich nachgewiesen, daß das Treiben der Jesuiten mit der Wohlfahrt Deutschlands unverträglich ist. Die Süddeutsche und das Morgenblatt geben Beweise genug davon. „Die Aufregung (welche die Jesuiten gemacht haben) — heißt es in jener Schrift, ist keine natürliche, sie ist nicht auf deutschem Boden gewachsen. Die Fremdlinge haben sie uns gebracht, unserm Volke künstlich einzuimpfen angefangen, und wie sie selber Fremde sind, keine Heimath bei uns wollen, sich ihres eigenen Vaterlandes entschlagen; so wollen sie auch die Genossen gleichen Volks, gleicher Stämme einander gegenseitig fremd machen, auf daß Deutschland gewiß nicht empor komme, und geistig wie leiblich dem Auslande zinspflichtig sei!" Und dazu soll das badische Volk den Jesuiten bei den Wahlen helfen. Es wird dies aber hübsch bleiben lassen.

— Nach der oberrheinischen Zeitung hat das Oberamt Heidelberg wegen Verbreitung der Beilage zur oberrheinischen Zeitung „Worte der Beruhigung" eine Untersuchung angeordnet. Also das Oberamt Heidelberg will auch keine Beruhigung? — Die Beilagen zum Morgenblatt haben, wie mit Bestimmtheit versichert wird, keine Untersuchung veranlaßt.

— Aus Bayern wird der oberrheinischen Zeitung folgendes geschrieben:

Mit allgemeiner Aufmerksamkeit und gespanntem Interesse folgt man bei uns der bei Ihnen gegenwärtig im Gange begriffenen Wahl der Wahlmänner, und nicht geringe Freude erregte das bis jetzt bekannt gewordene Ergebniß, denn man erkennt zu sehr, von welch' hoher Bedeutung das Resultat nicht nur für unsere Zustände, sondern für das constitutionelle Leben in Deutschland überhaupt ist. Weiß auch Niemand besser als der Bayer, welche mächtigen Mittel eine fanatische Priestermacht in Bewegung setzen kann und unbedenklich in Bewegung setzt, wenn es sich um Durchführung ihrer Zwecke handelt, so ist doch auf der andern Seite das Vertrauen zu dem gesunden Sinne des badischen Volkes so groß, daß man sich bei uns unbedingt der Hoffnung überläßt, es werden alle finstern und unlautern Machinationen an seiner Einsicht scheitern, und dadurch der guten Sache der Sieg werden.

— Der Bürgermeister von Orschweier macht in der oberrheinischen Zeitung die Anzeige, daß die Freiburger Zeitung ihrer (dreiviertelsjesuitischen) Richtung wegen, dort

keinen einzigen Abonnenten habe. Wir glauben daher unsern Lesern in Orschweier, zum Beweis, wie wohl sie daran thun, die Freiburger Zeitung nicht zu lesen, kurz mittheilen zu sollen, was die heutige Nummer derselben (64) enthält.

— Erstens druckt die Freiburger Zeitung einen Artikel aus dem Rheinischen Beobachter über die religiöse Bewegung in Baden ab, der fast die Hälfte des Blattes ausfüllt. Der Rheinische Beobachter ist von der preußischen Regierung in Köln gegründet worden, um der ultramontanen Partei in der Rheinprovinz entgegen zu arbeiten. Da er aber immer nur die Regierung loben und alles, was liberal ist, tadeln muß, so hat er es mit allen Parteien verdorben, und weil die Zahl der Abonnenten immer kleiner wird, so hat er, um wenigstens in Etwas größer zu werden, seit Neujahr sein Format vergrößert. In dem Artikel, den die Freiburger Zeitung abdruckt, beweist der Rheinische Beobachter, daß er die Verfassungen (die Rheinprovinz wünscht auch eine für Preußen) noch mehr haßt, als die Jesuiten und vergißt den eigentlichen Zweck seines Daseins so sehr, daß er den Jesuiten, die er bekämpfen soll, zu Gefallen schreibt. So wird die preußische Regierung um ihr Geld geprellt und die Freiburger Zeitung muthet ihren Abonnenten zu, die „preußischen juten Jrroschenartikel" zu lesen.

Zweitens ist die Freiburger Zeitung so einfältig, dem Morgenblatt den Artikel nachzudrucken, worin, wie in unserer Nummer 88 offenbart wurde, daß Bündniß der Jesuiten mit den Kommunisten verkündet wird.

Drittens druckt sie aus dem Morgenblatt einen Artikel vom Murgmann ab, der eine wahre Abonnentenscheuche ist und ihre Paar Leser noch vollends vertreiben wird.

Viertens ist in der ganzen Nummer keine eigene Arbeit der Redaktion, kein Brief, also auch gar kein Grund vorhanden, die Freiburger Zeitung zu lesen.

Da verstehen die Herren von der Süddeutschen das Zeitungschreiben besser. Sie bringen in jeder Nummer etwas Neues, etwas Merkwürdiges, etwas Wunderbares, etwas Unglaubliches, etwas — — das man gar nicht für möglich halten sollte, wenn man es nicht gedruckt vor sich hätte. Heute z. B. beweist die Süddeutsche (Nr. 41) Folgendes:

Keine Regierung hat das Recht, Deutschkatholiken im Lande zu dulden; sie müssen alle fortgejagt werden. Sachsen und Würtemberg, welche die Deutschkatholiken dulden, haben unrecht; Oesterreich, das sie vertreibt, hat recht. Denn:

a. Als vor zweihundert Jahren der westphälische Friede geschlossen wurde (den die Jesuiten nicht anerkannt haben, weil ihnen der dreißigjährige Krieg noch nicht lange genug dauerte, indem noch einige Deutsche am Leben waren) — da gab es noch keine Deutschkatholiken, folglich — darf es auch jetzt keine geben.

b. Sogar die protestantische Religion darf nur nach den damaligen Bekenntnißschriften aufgenommen werden, sonst hört der Friede auf.

c. Die sächsische und würtembergische Regierung sind auf dem Standpunkt des protestantischen Staates stehen geblieben, und dieser Standpunkt ist hier unhaltbar (d. h ein protestantischer Staat hat nicht das Recht, religiöse Genossenschaften, von denen der westphälische Friede nichts weiß, aufzunehmen.)

Das ist die ächte Jesuitenlehre, die aber hier nur darum bei dem westphälischen Frieden Halt macht, — den sie sonst nicht anerkannt, jetzt aber falsch auslegt — weil die Umstände nicht wohl erlauben, weiter zu gehen. Werden die Evangelischen bald einsehen, wo die Süddeutsche hinaus will, und werden sich ihre katholischen Brüder von dieser verleiten lassen, den Frieden zu stören? — Gewiß nicht.

Aus Offenburg meldet die Süddeutsche, daß der Fasching vorüber ist, eine Mittheilung, die schon darum überflüssig ist, weil man in dem obigen Artikel die erste Fastenpredigt findet.

Vortreffliche Wahlberichte bringt die Süddeutsche aus dem Landbezirk Offenburg. Dort wird also entweder Hr. Knapp oder Herr Löffler Deputirter, sobald die Süddeutsche entschieden haben wird, welcher von beiden der Katholischere ist, vorausgesetzt, daß sie nicht einen Dritten findet, der Beide übertrifft.

— Das Morgenblatt (Nr. 56), welches wir endlich nach mehrmaligem Begehren erhalten, ist heute eben nicht rosenfarbener Laune, obgleich ihm eine Menge guter Berichte und Hoffnungen über die Wahlen zugehen. Allein, man bedenke: Erstens hat Hofrath Platz wieder keine Fortsetzungen geschickt und es fehlt an leitenden Artikeln; zweitens muß sich das Morgenblatt selbst überzeugen, daß „recht verständige Leute" ihm durch die Heuchlermaske sehen und sein verderbliches Treiben erkennen; drittens läßt ihm die Landtagszeitung keine Ruhe. Es ist wirklich rührend anzusehen, wie sich Spitalpfarrer Winterer abzappelt, um vielleicht noch Einen oder den Andern zu übertölpeln. Seine heutigen Versuche sind übrigens sehr ungeschickt.

„Betrachtet doch die Sache in der Nähe" — ruft er den Leuten zu. Aber er hätte besser gethan, ihnen zu sagen, daß sie aus der Ferne die Sache betrachten sollen, denn in der Nähe betrachtet, sieht sie ganz schlecht aus.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

„Wie könnt ihr denn besorgen, daß eine Priesterherrschaft in unsern Zeiten noch möglich ist!" — Das haben wir ja den Herren schon lange gesagt; aber sie haben uns nicht glauben wollen, sie haben den schwarzen Landsturm aufgeboten, um auf die Vertheidiger der Verfassung loszuschlagen. Jetzt müssen sie durch eigenen Schaden klug werden.

„Versteht die Regierung doch recht!" — Da schwärmt der Herr Spitalpfarrer, und hält sich schon für die Regierung. Er leidet an einer zurückgetreten Aufregung.

„Seid auf der Hut! Fürchtet die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen!" — Die Schwärmerei steigt immer höher. Bedenken Sie doch, Verehrtester, daß die Leute, die so leichtgläubig sind, Ihnen noch etwas zu glauben, nicht wissen, wer „die Danaer" sind, und daher leicht auf den Gedanken kommen könnten, Sie meinten das Centralcomite und warnten vor den „Entschädigungen aller Art!" —

In dieser Vermuthung müssen die guten Leute bestärkt werden, wenn sie den zweiten Artikel lesen, worin sogleich das Centralcomite aufmarschirt. Im Grunde ist nicht einzusehen, warum dieser zweite Artikel für sich besteht. Er gehört zum ersten und läuft im Zusammenhange mit demselben fort. Aber Sie sind ein guter Redakteur, Verehrtester, und wissen daher, daß man lieber zwei kurze Artikel liest als einen langen. Daher haben Sie vermuthlich Ihren langen Artikel in der Mitte entzwei gebrochen und einen zweiten gemacht, mit einem andern Correspondenzzeichen vor der zweiten Hälfte, damit ja Niemand merke, daß sie jemals zusammen gehört haben. Nach dem zweiten Artikel also sind die Mitglieder des Centralcomite keine Jesuiten (Herr, ich bin kein Schurke — sagt der Mohr im Fiesko); sie wirken nur mit verfassungsmäßig zulässigen sittlichen und erlaubten Mitteln (Entschädigungen aller Art und lügenhaften Flugschriften); endlich gibt es gar in ganz Baden keinen Menschen, „der die Verfassung aufrichtiger liebt, als die Mitglieder des Centralcomite." — Wahrhaftig, lieber Leser, das steht im Morgenblatt. Wie muß die Verfassung in Mannheim verhaßt sein, da sich niemand mehr findet, der ihren besten Freunden die Briefe und Geldpakete besorgen will! Ohne Zweifel wird auf dem nächsten Landtage eine Petition mit 10,000 Unterschriften aus Mannheim einkommen, mit der Bitte, die Verfassung aufzuheben, nur um ihre besten Freunde los zu werden, welche die Zehntablösung und die Gemeindeordnung als Landplagen darstellen, die Kammer von 1825 loben, weil sie die Verfassung abgeändert hat; die guten Freunde, die in ihren Schmähschriften hundertmal dem Volke vorsagten, die Stände seien unnütz. Vor solchen guten Freunden möge der Himmel die Verfassung bewahren!

Die Entschädigungen aller Art, — erklärt das Morgenblatt — haben mit dem Handgelübde der Wahlmänner nichts zu schaffen; sie ersetzen den guten Freunden nur den Schaden, den sie durch ihre Dienste für das Centralcomite gelitten haben. Das gibt eine theure Geschichte, denn der Schade ist sehr groß, oft gar nicht mit Geld zu ersetzen.

In einem dritten Artikel wird über die Landtagszeitung geklagt, deren „gewöhnlichen Styl" das Morgenblatt nicht leiden kann, weil er anders ist, als der Styl des Herrn Hofrath Platz. Ferner mißfällt ihm, daß die Landtagszeitung nur Auszüge oder abgerissene Stellen aus dem Morgenblatte mittheilt. Dasselbe wird uns doch nicht zumuthen, alle seine Artikel vollständig abzudrucken? Sollen wir denn unsere Leser umbringen oder selbst am Morgenblatt sterben, wie die Freiburger Zeitung? Nein, Herr Spitalpfarrer! Wir sind zwar überzeugt, daß Sie uns die letzte Oelung gern spenden würden; aber Sie müssen Geduld haben bis zu Nr. 150, dann hören wir auf, — wenn unsere Leser nicht die Fortsetzung der Landtagszeitung verlangen, in Ermangelung der Fortsetzungen des Herrn Hofraths Platz, auf welche wir bis jetzt vergebens warten.

In einem vierten Artikel bedankt sich das Morgenblatt dafür, daß wir die Aenderung der Adresse des Centralcomite abgedruckt haben. Gar keine Ursache zum Danken; wir verlangen auch gar keine Entschädigung aller Art. Warum sollten wir die besten Freunde der Verfassung nicht in ihren redlichen Bemühungen unterstützen? — Nur Eine Frage noch sei uns erlaubt: Warum hat denn das Morgenblatt, das so schöne Vorräthe an großer Schrift besitzt, die Abdankung des Herrn Jos. Tunna mit der allerkleinsten Schrift (nonpareil) ganz hinten in sein Blatt gesteckt, so daß man sie ohne Vergrößerungsglas kaum lesen kann? Das muß doch auch seine Ursache haben.

Der Herausgeber der Landtagszeitung bekömmt von dem Morgenblatte außer den allgemeinen Titeln, die er mit seinen Freunden theilen muß, z. B. Wühler, Radikaler, Feind, Pharisäer, Maulheld u. s. w., auch noch besondere, z. B. heute wieder: Jesuitengeneral, Vater Mathy und noch einmal Jesuitengeneral. Danke, schön Vater Rodin. Wenn das so fort geht, bekommen wir mehr Titel, als der Herzog von Wellington, der jetzt die meisten haben soll. Zur Abwechslung könnten Sie uns, statt Maulheld, einmal Federheld heißen. Jedenfalls aber erwarten wir, nach der Ordensregel, in Zukunft von Ihnen strengen Gehorsam für die Befehle Ihres Generals! —

Endlich wird dem Morgenblatt aus Tauberbischofsheim berichtet, daß die badische Ständeversammlung aufgelöst worden ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg